

schung der Gewalt gegen die Ausländer in Deutschland aus: die stets und allgegenwärtige Präsenz von Brutalität und Folter, Sadismus und Grausamkeit, Mord und Totschlag in den Medien, insbesondere im Fernsehen. Damit ist nicht allein die schockierende Tatsache gemeint, daß ein Heranwachsender bis zur Volljährigkeit im Durchschnitt einige Tausend oder gar Zehntausend Morde über die Mattscheibe flimmern sieht. Es ist vielmehr die ebenso penetrant wie wirkungsvoll suggerierte „Erkenntnis“, daß Probleme letztlich und auch ausschließlich mit Gewalt zu lösen seien, die bereits den Klein- und Kleinstkindern eingehämmert wird.

Die Beiträge dieses insgesamt nützlichen Buches sind weniger auf Ausgewogenheit, sondern auf deutliche und zugespitzte Aussagen angelegt, die Meinungen widersprechen einander; klare, eindeutige Orientierung wird man vergeblich suchen. Doch jeder Leser wird kluge und nachdenklich stimmende Gedanken und eine Vielzahl von Anregungen zum Weiterdenken erhalten.

Rolf Müller-Syring

Harald Schumacher, Einwanderungsland BRD. Warum die deutsche Wirtschaft weiter Ausländer braucht, ZEBULON-Verlag, Düsseldorf 1992, 160 S.

Schon der Titel deutet daraufhin, daß sich das vom Düsseldorfer Journali-

sten *Harald Schumacher* verfaßte Buch dem Problem auf andere Weise nähert: „Ethische Argumente und Appelle an die Toleranz allein führen offensichtlich nicht zum Konsens in der Ausländerfrage. Möglicherweise erleichtert die nüchterne ökonomische Perspektive die Einsicht, daß wir uns im eigenen Interesse Ausländerfeindlichkeit nicht mehr leisten können.“ (S. 8)

Die Asyl- und Ausländerdebatte hält *Schumacher* zu einem guten Teil für ein Ablenkungsmanöver. 1992 bezeichnete der deutsche Innenminister die Asylfrage als das „drängendste innenpolitische Problem“, das böse Wort von der „Asylantenflut“ hatte längst die Stammtischregionen verlassen. Am Ende des Jahres sollten 1000 Deutsche vier bis fünf Asylbewerber helfen – das größte innenpolitische Problem? Zudem wird die Statistik gründlich verzerrt, indem lediglich die Neuanträge gezählt werden, die Datenerhebung geändert wurde und Hunderttausende, die in anderen Ländern längst die dortige Staatsbürgerschaft hätten, in Deutschland als Ausländer gezählt werden.

In den folgenden fünf Kapiteln werden die gängigsten Vorurteile der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern einer nüchternen Analyse unterzogen. Nehmen die Ausländer den Deutschen die Arbeit weg? Sind Ausländer Wirtschaftsschmarotzer? Ruhen sich die Ausländer auf den deutschen Sozialleistungen aus? Nehmen die Ausländer den Deut-

schen die Wohnungen weg? Sind Ausländer krimineller als Deutsche? Einige seiner zentralen Aussagen seien hier kurz rekapituliert.

Arbeit: Beim Wettbewerb um Arbeitsplätze sind auch Zuwanderer beteiligt, ohne daß deshalb ein Grund zur Aufgeregtheit bestünde. 1973 war jeder achte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ein Ausländer, 1991 nur jeder zwölfte. (S.31f.) Obwohl Gesetze, Verordnungen und gängige Einstellungspraxis Einheimische beim Rennen um freie Stellen eindeutig bevorzugen, erscheinen den Deutschen viele Jobs einfach zu unattraktiv. Der hohe Anteil ausländischer Arbeitnehmer in der Zimmerreinigung im Hotelgewerbe, bei der Erntehilfe in der Landwirtschaft, in den Gießereien, in der Fischverarbeitung, in der Wollspinnerei und -wäscherei, in der Ledergerberei und im Bergbau resultiert keineswegs aus einem aggressiven Verdrängungswettbewerb der Ausländer gegen ihre deutschen Mitbewerber.

Der Autor rechnet eindeutig vor, daß es im Ergebnis der Zuwanderung von 1988-1991 nach Deutschland nicht weniger, sondern 85.000 mehr verfügbare Stellen gab, die durch die Nachfrage der Zuwanderer nach deutschen Produkten und deutschen Dienstleistungen geschaffen wurden. Mehr noch, Ausländer geben zunehmend als Selbständige anderen Menschen Arbeit. Allein die Türken in Deutschland schufen auf diese Weise 115.000 Arbeitsplätze, insgesamt

beschäftigen die selbständigen Ausländer in Deutschland fast eine halbe Million Menschen. (S. 41) „Fazit: Keiner der relevanten arbeitsmarktpolitischen Aspekte läßt die Forderung ‚Ausländer raus‘ plausibel erscheinen. Das Beste für Deutschlands Unternehmen und Deutschlands Arbeitnehmer ist eindeutig das Gegenteil: Ausländer rein!“ (S. 51)

Ausländer als Wirtschaftsfaktor: Im Jahr 1991 betrug der Anteil der Ausländer am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik etwa 200 Mrd. DM, dank ihnen war das (Netto-)Sozialprodukt um reichlich 40 Mrd. DM höher, als es ohne sie gewesen wäre. Dem Fiskus sind sie als Steuerzahler hochwillkommen. „Von den Fixkosten, die rund ein Drittel der gesamten öffentlichen Ausgaben darstellen – etwa für Bundeswehr, Verkehrsinfrastruktur und staatliche Schuldzinsen – bezahlen die Ausländer einen Anteil, den sonst die deutschen Steuerzahler tragen müßten. Deren Abgabelast wäre dadurch pro Kopf höher, ihr verfügbares Einkommen niedriger. Sogar die deutsche Vereinigung finanzieren die Bürger ohne deutschen Paß mit.“ (S. 65) Allein die Türken in Deutschland steuerten dazu 450 Mio DM bei. (Über den Solidaritätszuschlag, der 1991/92 vom Bruttolohn abgezogen wurde.)

Alles in allem wandte der Staat 1991 37,4 Mrd. DM für die Zuwanderer auf, doch bescherten diese dem Staat im gleichen Jahr 50,8 Mrd. DM an Mehreinnahmen, ein Positivsaldo

von 13,4 Mrd. DM. (S. 66)

Ausländer und Sozialsystem: Bei den Renten stellten Ausländer 1989 9% der Versicherten, erhielten aber nur 5,3% der Auszahlungen. Sie zahlten 12,8 Mrd. DM in die Rentenkassen ein, erhielten 3,7 Mrd. DM zurück. (S. 81)

Ausländer und Wohnungen: Zunächst müssen die meisten Ausländer, Asylsuchenden und Flüchtlinge in Wohnheimen, Containersiedlungen oder in ausgedienten Hotels leben. Zuwanderer mit Bleiberecht hingegen tragen zur Knappheit auf dem Wohnungsmarkt – die es ohne sie bereits seit Jahren gibt – zusätzlich bei. Doch benachteiligt sind auf dem Wohnungsmarkt, wie bei der Konkurrenz um die Arbeitsplätze, nicht die Einheimischen, sondern die Zuwanderer. Sie verfügen in aller Regel nicht über die Mittel, um bei den hohen Wohnungsmieten mithalten und mitbieten zu können. Und wenn doch, stoßen sie häufig auf die Ablehnung und Vorurteile von Vermietern.

Ausländer und Kriminalität: Der Ausländeranteil an Straftaten stieg von gut 16% (1965) auf über 25% (1991). Sind Ausländer krimineller als Deutsche? Nein, denn die Statistik allein führt in die Irre. Einmal sind unter den in der Kriminalstatistik aufgeführten Ausländern viele, die im ausländischen Bevölkerungsanteil nicht mitgezählt sind: illegal Eingereiste, Touristen und Angehörige von in der Bundesrepublik stationier-

ten Streitkräften. Da unter den Ausländern mehr Jüngere, mehr Männer, mehr sozial Schwache und mehr Großstadtbewohner als unter den Deutschen sind, wird zweitens nicht Vergleichbares verglichen. Und drittens wird ein beträchtlicher Teil der ausländischen Straftäter wegen Delikten belangt, die nur sie begehen können, z.B. Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz. Eine den Ausländern vielfach unterstellte Neigung zu besonders brutalen Verbrechen gehört laut Expertenstudien ins Reich der Mythen. (S. 113f.)

Schumacher fordert restimierend eine Kursänderung in der Ausländerpolitik. Als ein wichtiges Element eines solchen Wandels sieht er ein Einwanderungsgesetz. Über eine Jahresquote sollten etwa 300.000-400.000 Zuwanderer ins Land gelassen werden. Die Ansprüche an deren Qualifikation und Alter dürften nicht zu hoch sein. Einem abgelehnten Einwanderer sollte verwehrt werden, anschließend einen Asylantrag stellen zu dürfen. Die Zahl der Asylanträge würde so drastisch sinken. „Der vermeintliche Asylmißbrauch der frühen neunziger Jahre würde sich auflösen einerseits in eine ökonomisch ohnehin notwendige Zuwanderung und andererseits in eine ethisch gebotene Fluchthilfe. Das Angebot eines Asyls für Menschen, die aus politischen oder anderen Gründen in ihrem Heimatland verfolgt werden,

wäre dann nicht mehr so umstritten wie heute.“ (S. 142)

Die damit zwangsläufig entstehende multikulturelle Gesellschaft hält der Autor keineswegs für ein konfliktfreies Ideal, wohl aber für eine „sich wandelnde deutsche Gesellschaft“. (S. 147) Er glaubt, dies wäre der deutschen Bevölkerung auch zu vermitteln: „Den eigenen Nutzen ins Blickfeld der Diskutanten zu rücken, das könnte mehr bewirken als die dauernden Appelle an das gute Herz der Deutschen.“ (S. 141) Skeptisch schätzt er allerdings die Fähigkeit zu realistischer Problemsicht sowie die Fähigkeit zum Umsteuern sowohl der Regierung als auch der (SPD-) Opposition ein: „Denn das Boot, das angeblich zu voll ist, ist in Wahrheit – mit zu kleiner Mannschaft – auf falschem Kurs.“ (S. 154)

Rolf Müller-Syring

Daniel Cohn-Bendit / Thomas Schmid, Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie, Hoffmann und Campe, Hamburg 1992, 384 S.

Bei diesem umfangreichen und gründlichen Buch handelt es sich um ein Projekt, das nicht in erster Linie eine Reaktion auf den Ausbruch von Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit

darstellt, sondern wohl langfristiger geplant und als ein Beitrag zu Sachlichkeit und ruhiger Überlegung zu einem wichtigen und komplizierten Problemkreis gedacht war.

Wenn die Verfasser vom „Wagnis der multikulturellen Demokratie“ sprechen, so formulieren sie gestützt auf praktische Erfahrung: *Cohn-Bendit* ist (ehrenamtlich) Dezentur für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt/Main, *Schmid* sein Mitarbeiter in diesem Amt.

Im Eingangskapitel („Einwanderung und die neue Weltordnung“) legen sie einige ihrer wichtigsten Thesen und Hypothesen dar. Sie sehen die Bundesrepublik als ein Einwanderungsland und halten die multikulturelle Gesellschaft, ob man sie nun begrüßt oder ablehnt, für unvermeidlich. Sie sind über den „unscharfen, spektakelhaften Begriff“ schon deshalb nicht glücklich, da er suggeriert, es gäbe „als realistische Alternative die monokulturelle Gesellschaft“. (S. 14) Welche Gestalt wird die multikulturelle Gesellschaft in Deutschland annehmen? „Weder *melting pot* noch Vielvölkerstaat“, aber auch nicht „das Deutschland, das exklusiv den Deutschen gehört. Es wird etwas sein, das dazwischen liegt.“ (S. 15)

Seit Beginn der achtziger Jahre, so die Autoren, wurde der Ton der Diskussion über Ausländer in der Bundesrepublik allmählich schriller. Die Hauptursache für diesen Um-